

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kolbold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rähle, Ottendorf-Okrilla.

Abzügen werden an den Geschäftsstellen der Zeitung...
Die Zeitung der Redaktion...
Jeder Anzeiger...
Gemeinde - Büro - Konto Nr. 123

Nummer 68

Mittwoch, den 11. Juni 1930

29. Jahrgang

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 10. Juni 1930.

Am 1. Pfingstfeiertag stürzte auf der Königsbrücker Straße in der Nähe des Wolfendammes der Sojus eines Kraftfahrers angeblich infolge plötzlichen scharfen Bremsen von seinem Sitz und zog sich schwere Verletzungen zu. Ein folgendes Auto konnte durch scharfes Ausweichen ein Ueberfahren des auf die Fahrbahn Gestürzten vermeiden dadurch wurde wiederum ein zu gleicher Zeit die Stelle passierendes Seitenwagen angefahren und in den Straßengraben zu werfen, wo sich die Maschine überschlug. Glücklicherweise verließ dieser Unfall ohne nennenswerte Verletzungen auch waren die Beschädigungen an Maschine und Seitenwagen gering. Mitglieder der hiesigen Arbeiter-Samariter-Kolonie leisteten dem Verletzten die erste Hilfe und veranlaßten dessen Ueberführung in ärztliche Behandlung.

Gestern nachmittag ereignete sich im Ortsteil Moritzdorf ein Motortaxiunfall der aber für die Beteiligten nur den Nachteil hatte, daß ihre Maschine erheblich beschädigt wurde während sie ihre unentgeltlich unterbrochene Reise mit der Bahn fortsetzten.

Am Montag abend in der 12. Stunde ereignete sich an der Bahndürröhre auf der Dresdenstraße ein Autounfall. Der Fahrer eines von Königsbrück kommenden Personenzuges hatte wahrscheinlich das Warnungsschild des Bahndürröhrenganges übersehen und somit angenommen daß der entgegenkommende Eisenbahnzug weiter gerade aus fährt als er plötzlich bemerken mußte, daß dieser die Straße überquert. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden lenkte der Fahrer den Kraftwagen in den Straßengraben wobei der Wagen auf die Seite stürzte. Auch dieser Unfall verließ noch ziemlich gut, da weder die Insassen ernstlich verletzt noch der Wagen schwer beschädigt wurde.

Sitzung der Gemeindeverordneten am 5. Juni 1930. Von einem Sachverständigen-Gutachten über die Rentabilität des Gaswerkes wurde Kenntnis genommen, und beschlossen, das Gutachten dem Gaswerksausschuß zu überweisen. Die Gemeinde hat jetzt 42 ausgereifte Arbeitslose mit einem Wochenlohn von 440 Mark zu unterstützen. Es treten außerdem 18 sonstige Hilfsbedürftige hinzu, sodaß sich der wöchentliche Aufwand auf 750 Mark stellt. Herr Bürgermeister Richter bezeichnet diese Post als für die Gemeinde unerschwinglich und erklärte, daß der Zusammenbruch der Gemeinden kommen müsse, wenn Reich und Land nicht unterstützend eintraten. Auf die Eingabe wegen der Zuweisung von Mitteln aus dem staatlichen Wohnungsbauhaushalt teilt der Bezirksverband mit, daß die Gemeinde seit 1926 97300 RM. erhalten aber nur 52300 RM. an den Ausgleichslohn abgeführt habe. Der Bezirksverband hat die Uebernahme der Hälfte der Kosten für die Verschotterung der Radeburgerstraße (Schofmühle) abgelehnt. Der Gemeinderat hat hiergegen bei der Kreisbauhauptschaft Beschwerde erhoben, da die Verschotterung der Straße unbedingt durchgeführt werden muß. Die Uebertragung der Spandkonnession in der Gastwirtschaft „Röbental“ auf Herrn Otto Böhm wurde einstimmig befürwortet. Die Angelegenheit wegen Umgestaltung gemeindlichen und forstwirtschaftlichen Areals wurde vertagt. Die geprüften Sparplänenrechnungen auf die Jahre 1927 und 1928 wurden einstimmig richtiggeprochen. Für das Hochberggelände lag ein Teilbedarfsplan zur Annahme vor. Nach Aussprache wurde zunächst beschlossen, diesen Plan Herrn Baurat Siertz zur Prüfung vorzulegen. Hieraus entspann sich eine ausgedehnte Aussprache über die Badangelegenheit. Veranlassung dazu haben verschiedene in der Volkszeitung und Ottendorfer Zeitung erschienene Artikel. Herr Ringel legte den Standpunkt der S. P. D.-Fraktion eingehend dar, während Herr Weinberg für die bürgerliche Fraktion sprach. Herr Bürgermeister Richter führte an Hand von Unterlagen aus, daß seit Jahren kein Zweifel darüber besteht, daß der Bau des Bades durch die Gemeinde ausgeführt werde und daß der Gemeinderat die Ansicht vertritt, daß Errichtung dieser Anlage eine öffentliche Gemeindefrage sei. Aus der stundenlangen Aussprache war unzweifelhaft die Erkenntnis zu entnehmen, daß Artikel der erschienenen Art nicht geeignet sind, ein als notwendig bezeichnetes, gemeinschaftliches Zusammenarbeiten zu fördern. Herr Robert Lammte regte eine Befestigung der Einmündung der Bergstraße in die Königsbrückerstraße durch Einrückung der Mauer an dem der Gemeinde gehörigen Grundstück an und äußerte dabei aus, daß Herr Baurat Siertz von der Amtshauptmannschaft bei Gelegenheit eines Ortstermines erklärt habe, diese Arbeit könne als Notstandsarbeit

durchgeführt werden. Herr Bürgermeister erklärte hierzu, daß nach den jetzt bestehenden Bestimmungen Straßensicherungen nicht als Notstandsarbeiten gefördert werden. Eine Anerkennung als Notstandsarbeit komme nur für Anlage neuer Straßen zur Ausschließung von Baugelände in Frage. Er werde aber diese Angelegenheit der Amtshauptmannschaft zur Klärung vorlegen. Hierauf geheime Sitzung.

Dresden. Nach einer von den Nationalsozialisten veranstalteten Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Kleineren Schlägereien konnte von der Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels schnell ein Ende bereitet werden. Insgesamt nahm die Polizei elf Festnahmen vor.

Pirna. Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden hatten sich die 15jährigen Arbeiter Winkler und Benn und der 57jährige Bauarbeiter Staude wegen Aufruhrs zu verantworten. Die Benannten hatten sich am 6. März an den Demonstrationen in Pirna beteiligt, bei denen es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war. Auf Grund der Zeugenansagen wurde Staude zu acht Monaten, Benn zu sechs Monaten und Winkler zu sieben Monaten einer Woche Gefängnis verurteilt.

Bischofsberda. Der „Sächsisch-Erzähler“ teilt mit, daß im Staatsamt anlässlich von Revisionen verschiedene Unregelmäßigkeiten ausgebeutet worden sind, bei denen es sich um Pflichtwidrigkeiten eines Verwaltungssekretärs handelt. Ferner sind bei der Revision der Sächsischen Betriebswerkstoffe Untersuchungen festgestellt worden, die einem früheren Angestellten zur Last lagen. Die Höhe der fehlenden Summe steht noch nicht endgültig fest.

Leipzig. In der Universitäts-Frauenklinik stellte sich in der Abteilung der frohen Ereignisse ein besonderes Ereignis ein: eine Frau schenkte Dreilindgen das Leben. Es sind drei muntere, stramme Jungen des Ehepaars Mojenow, das seit einem Jahre verheiratet ist. Mutter und Kinder befinden sich wohl, und der Vater ist hochbeglückt über das Vierteljubiläum, das ihm später in seiner Konditorei tüchtig helfen soll.

Vöhringen. In dem Verfahren gegen den Bürgermeister Max Alfred Fickert in Vöhringen vor der Disziplinar-Kammer beantragte der Vertreter der Staatsregierung wegen grober Dienstverletzungen die Verurteilung des Angeklagten mit Entlassung aus seinem Amt. Das Urteil ist für Dienstag abend zu erwarten.

Chemnitz. In der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, nach dem der Rat beauftragt werden sollte, aus verkehrstechnischen Gründen die Denkmäler am Markt und am Nothmarkt beseitigen zu lassen, abgelehnt. Wegen Schluß der Versammlung kam es noch zu einem Zwischenfall. Ein Tribünenbesucher versuchte eine Ansprache zu halten. Das Präsidium und ein großer Teil der Stadtverordneten verließen schließlich den Saal, während der Ruhestörer von einem Staatsbeamten von der Tribüne geführt wurde. Die Kommunisten sangen darauf die Internationale, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Plauen. Die 24 Jahre alte Ehefrau eines Arbeiters stürzte in einen 3 1/2 Meter tiefen Vichschacht des Warenhauses am Postplatz und mußte schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Auerbach. Hier tagte die Kreisdirektion der Vogtländischen Landwirtschaftskammer. Als Vorsitzender wurde in der Ausschusssitzung Rittergutsbesitzer Rastin-Rosenberg gewählt. In seinem Jahresbericht bezeichnete dieser das verfloßene Jahr als ein Jahr der Katastrophen. Die neue Ernte verspreche gut zu werden. Direktor Dr. Döring-Plauen hob in seinem Jahresbericht besonders hervor, daß die Direktion von Auerbach nach Plauen verlegt worden sei. Heute gehörten dieser Kreisdirektion 94 Vereine mit 5087 Mitgliedern, zwei Hausfrauenvereine und 15 Spezialvereine mit 917 Mitgliedern an.

Gefahr für die Finanzwirtschaft.

Die bevorstehende Neuregelung des Finanzausgleichs. Eine für Sachsen unannehmbare Schlüsselung.

Wie der Verband Sächsischer Industrieller mitteilt, wird unmittelbar nach Pfingsten der Finanzausschuß des Reichstages sich mit dem neuen Gesetz über den Finanzausgleich zu beschäftigen haben. Dabei droht für die sächsischen Finanzen eine Gefahr, die

geradezu katastrophal werden kann, wenn nicht im Interesse Sachsens rechtzeitig und energisch Widerstand geleistet wird.

Im Reichsrat ist bereits ein sächsischer Vorstoß erfolgt, und er wird sich mit Sicherheit innerhalb des Reichstages wiederholen mit dem Ziele, von den Ueberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer rund ein Drittel zu kürzen, so daß der sächsische Staatshaushalt und die Haushalte der sächsischen Gemeinden einen Einnahmefall von mehr als 80 Millionen erleiden würden, einen Ausfall, dem keinerlei Deckung oder Deckungsmöglichkeit gegenübersteht, so daß der von uns gebrauchte Ausdruck „katastrophal“ unbestreitbar zutreffend ist.

Der zu der bevorstehenden Regelung des Finanzausgleichs drohende sächsische Antrag will die gesamten Ueberweisungen aus der Einkommensteuer nur noch zu einem Drittel nach dem Aufkommen, zu je einem weiteren Drittel aber nach der Bevölkerungszahl und der Gebietsfläche des betreffenden Landes verteilen. Dieser Schlüssel ist von größtem Nachteil für alle Länder, welche ein hohes Steuerkommen auf den Kopf der Bevölkerung und dabei eine verhältnismäßig dicht bevölkerte Fläche haben. Neben den Hansestädten Bremen und Hamburg wird also

in erster Linie Sachsen benachteiligt,

und zwar in dem oben geschilderten ungeheuerlichen Ausmaße. Es ist dafür gesorgt, daß die sächsischen Interessen in dieser Frage, die für Sachsen von übertragender Bedeutung ist, bei den bevorstehenden Verhandlungen in Berlin an entscheidender Stelle mit allem Nachdruck gewahrt werden.

Polizei und Versammlungssteilnehmer.

Die Verordnungen zum Schutz der Wahlversammlungen.

Angesichts der sich häufenden Versammlungen vor den Landtagswahlen hat das Ministerium des Innern nochmals in der Sächsischen Staatszeitung die Verordnungen über Schutz der Wahlversammlungen veröffentlicht und die Polizei auf genaue Befolgung hingewiesen. Von den Verordnungen seien hier nur kurz die hervorgehoben, die auch die Versammlungssteilnehmer angehen.

Die Polizeibehörden haben für den erforderlichen Schutz so zu sorgen, daß Gewalttätigkeiten verhütet oder unterdrückt werden.

Innerhalb des Versammlungsraumes dürfen Polizeikräfte jedoch nur insoweit untergebracht werden, als es zur Abwendung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer erforderlich ist.

Personen, die während der Versammlung Gewalttätigkeiten begehen, sind sofort aus dem Versammlungsraum zu entfernen.

Dieserjenige Personen, die mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen Versammlungen verhindern oder sprengen, oder irgendwelche Gewalttätigkeiten in der Absicht begehen, die Versammlungen zu sprengen (Paragraph 107 des Strafgesetzbuches), sind sofort festzunehmen und zur Bestrafung zu bringen.

Schluß der Synodalverhandlungen.

Vertagung bis zum Herbst. - Patronatsgesetz endgültig angenommen.

Bei der zweiten Lesung des Patronatsgesetzes der Ev.-luth. Landesynode kam es wieder zu lebhafter Aussprache, die ihren Kernpunkt darin hatte, ob den Patronen oder ihren Vertretern ein Gehalts im öffentlichen Gottesdienste abzuverlangen sei. Vermittlungsanträge zwischen den beiden Auffassungen scheiterten, doch wurde dem zugestimmt, daß in ganz besonderen Fällen einzelne Ausnahmen zu gestatten seien. Paragraph 13 wurde durch einen neuen Paragraphen ersetzt, der lautet: „Neue Patronate können nicht entstehen.“

Bei der Gesamtabstimmung wendeten sich 24 Synodale gegen das Gesetz. Durch die Annahme des Gesetzes erleiden also eine Anzahl Einnahmen.

Turnen - Spiel - Sport.

Fußball.
II. Pfingstfeiertag.
Jahn I. - Tu. Radeberg II. 4:2 (0:2)

